

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Wirtschaftsausschuss**

18. WP - 2. Sitzung

am Mittwoch, dem 15. August 2012, 10 Uhr  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Christopher Vogt (FDP)

Vorsitzender

Volker Dornquast (CDU)

Hartmut Hamerich (CDU)

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Serpil Midyatli (SPD)

Olaf Schulze (SPD)

Kai Vogel (SPD)

Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ulrich König (PIRATEN)

i. V. von Dr. Patrick Breyer

Flemming Meyer (SSW)

### **Weitere Abgeordnete**

Hans-Jörn Arp (CDU)

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Oliver Kumbartzky (FDP)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Vorstellung des Ministers für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, Reinhard Meyer, sowie der Staatssekretäre Dr. Frank Nägele und Ralph Müller-Beck</b>	<b>4</b>
<b>2. Planungsstand der Autobahn 20 inkl. westlicher Elbquerung auf schleswig-holsteinischem Gebiet</b>  <a href="#">Umdruck 18/036</a>	<b>7</b>
<b>3. Besetzung des Verkehrspolitischen Beirats der LVS</b>	<b>9</b>
<b>4. Terminplan für das 2. Halbjahr 2012</b>  <a href="#">Umdruck 18/008</a> (neu)	<b>10</b>
<b>5. Verschiedenes</b>	<b>10</b>

Der Vorsitzende, Abg. Vogt, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Vorstellung des Ministers für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, Reinhard Meyer, sowie der Staatssekretäre Dr. Frank Nägele und Ralph Müller-Beck**

M Meyer, St Dr. Nägele und St Müller-Beck stellen kurz ihren persönlichen und politischen Werdegang dar.

Einführend zu den politischen Schwerpunkten seiner Arbeit führt M Meyer aus, dass sich die Frage stelle, welche Wirtschaftspolitik man in Anbetracht der vorhandenen Möglichkeiten machen wolle und ob es eine sozialdemokratische Prägung dabei gebe. Er selbst fühle sich seiner Partei und dem Koalitionsvertrag verpflichtet. Trotzdem sei auch Pragmatik in der Wirtschaftspolitik wichtig. Zentrales Anliegen seiner Wirtschaftspolitik sei, den Standort Schleswig-Holstein fit für die Zukunft zu machen. Wichtig dabei sei eine moderne Wirtschaftsförderung und eine gute Strukturpolitik, bei der auch der der Gesamt Wirtschaftsstandort im Auge behalten werden müsse. Von Bedeutung sei in diesem Zusammenhang die Sicherung der Infrastruktur für den Wirtschaftsstandort. Ein weiterer wichtiger Punkt sei die Gewinnung und Sicherung von Fachkräften, die durch ein Bündnis aller Sozialpartner sichergestellt werden müsse. In diesem Zusammenhang spiele auch das Thema Mindestlohn eine Rolle. Berücksichtigung finden sollten auch Möglichkeiten der Förderung durch die Europäische Union und die Betonung des ersten Arbeitsmarktes. Ebenfalls von großer Bedeutung sei ein vernünftiges Standortmarketing, um die Vorzüge Schleswig-Holsteins deutlich zu machen. Dabei könne auch eine Kooperation mit Hamburg, den norddeutschen Ländern und Dänemark eine wichtige Rolle spielen.

Auf eine Frage des Abg. Magnussen zum aktuellen Stand zu sogenannten Gigaliner in Schleswig-Holstein führt M Meyer aus, dass zunächst Vertrauensschutz für diejenigen gelten müsse, die die durch eine Bundesverordnung geschaffene Regelung in Anspruch nähmen. Das sei zurzeit eine Spedition in Schleswig-Holstein. Man habe keine Kenntnis darüber, dass es Gigaliner aus Dänemark auf schleswig-holsteinischen Straßen gebe. Dänische Verkehrsunternehmen müssten einen Antrag beim Bund stellen, wenn sie Gigaliner durch Schleswig-Holstein schicken wollten. Bisher habe die Landesregierung keine Kenntnis über das Vorliegen derartiger Anträge. Das Thema werde aber auch bei einem Treffen mit den dänischen

Transportminister in naher Zukunft eine Rolle spielen. Da man erhebliche Zweifel an dem Projekt insgesamt hege, habe man sich einem abstrakten Normenkontrollverfahren angeschlossen, das das Land Baden-Württemberg angestoßen habe. M Meyer bietet an, das Ergebnis der Prüfung, wie in Zukunft mit dem Thema umgegangen werde, dem Ausschuss vorzustellen.

Auf eine Frage des Abg. Arp zur Gültigkeit der Koalitionsvereinbarungen im Hinblick auf Verkehrsplanungen - zum Beispiel im Zusammenhang mit der A 20 oder der S 4 - hebt M Meyer hervor, dass die Koalitionsvereinbarungen Arbeitsgrundlage seien. Die Verkehrsprojekte würden zeitnah im Ausschuss beziehungsweise im Landtag thematisiert, die A 20 zum Beispiel unter Tagesordnungspunkt 2. Zur Planung der S-Bahn von Bad Oldesloe nach Hamburg unterstreicht M Meyer, dass diese von der Koalition gewollt sei.

Abg. König interessiert, was die Landesregierung unter Infrastruktur verstehe und ob damit auch die Breitbandversorgung Land gemeint sei. Deren Vorhandensein sei seiner Ansicht nach auch für das Anwerben und Halten von Fachkräften entscheidend. - M Meyer hebt die Bedeutung der Breitbandversorgung mit Hochgeschwindigkeits-Glasfasernetzen ebenso hervor wie die Bedeutung der Grundversorgung, die auf ihre Leistungsfähigkeit hin überprüft werden müsse.

Auf eine weitere Frage des Abg. König zum öffentlichen Personennahverkehr führt M Meyer aus, dass es in der Tat noch Probleme im Land gebe, zum Beispiel die Dauer der Fahrt von Hamburg nach Westerland. Viele dieser Probleme seien jedoch strukturell bedingt. Dazu gehöre zum Beispiel die Querung des Nord-Ostsee-Kanals. Zum Nahverkehr im ländlichen Raum hebt er hervor, dass man innovative Ideen entwickeln müsse, um diesen sicherzustellen, zum Beispiel Anruftaxis.

Auf eine Frage des Abg. Kumbartzky zur Tourismusförderung beziehungsweise zum Tourismuskonzept der Landesregierung unterstreicht M Meyer, dass Tourismus sehr wichtig für das Land Schleswig-Holstein sei, auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Aus seiner Sicht habe es dabei in der Vergangenheit erhebliche Versäumnisse gegeben. Die Urlaubsmarke Schleswig-Holstein sei nicht richtig erkennbar. Wichtig sei, zukünftig alle Akteure zu verpflichten, sich in eine Richtung zu bewegen. Eine vernünftige finanzielle Ausstattung und vernünftiges Marketing seien dabei unabdingbar. Die Tourismusagentur Schleswig-Holstein müsse finanziell angemessen ausgestattet sein. Die bisherigen Planungen hätten allerdings eine Reduzierung der Förderung bis zum Jahr 2015/2016 auf Null vorgesehen.

Auf eine Frage des Abg. Hamerich zur Bäderregelung führt M Meyer aus, dass er die Formulierung im Koalitionsvertrag als vernünftig erachte, dass eine Folgeregelung für die im Herbst kommenden Jahres auslaufende Bäderregelung geschaffen werden müsse. Es sei unabdingbar, diese mit allen Beteiligten abzustimmen, vor allem vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Kirchen jetzt rechtlich gegen die gegenwärtig gültige Regelung vorgehen. Er sei optimistisch, dass dies gelingen werde.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Planungsstand der Autobahn 20 inklusive westlicher Elbquerung auf schleswig-holsteinischem Gebiet**

[Umdruck 18/036](#)

Einleitend zu diesem Tagesordnungspunkt lässt M Meyer eine Übersicht über den Planungsstand der bisherigen Streckenabschnitte der A 20 verteilen, [Umdruck 18/65](#). Die Planungen würden vom Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr durchgeführt, wobei die Niederlassung Lübeck für den Abschnitt von der A 1 bis zur A 7 zuständig sei und die Niederlassung Itzehoe für den Abschnitt von der A 7 westlich in Richtung Elbe. Bisher existiere die Autobahn bis kurz vor Bad Segeberg. Die Umfahrung von Bad Segeberg sei aus Naturschutzgründen kompliziert und mit hohen Kosten verbunden. Für den Abschnitt 3 liege seit dem 30. April ein Planfeststellungsbeschluss vor. Es gebe aber eine Klage, was zu Verzögerungen führen werde. Der Baubeginn liege voraussichtlich im Jahr 2013.

Die Bauabschnitte 4 bis 8 - so führt M Meyer weiter aus - befänden sich derzeit im Verfahren. Man gehe im Moment davon aus, dass alle Planfeststellungsbeschlüsse im kommenden Jahr vorlägen. Allerdings sei dies mit einer gewissen Unsicherheit verbunden. Es gebe jetzt zunächst die Notwendigkeit, die Autobahn bis zur Anschlussstelle A 7 fortzuführen, im Investitionsrahmenplan sei zurzeit jedoch der 7. Bauabschnitt eingestellt. Die Planung für Abschnitt 7 basiere auf der Hoffnung, dass es zu einem Lückenschluss kommen werde. Die Koalitionsvereinbarung, in der festgelegt sei, man wolle Stück für Stück die Abschnitte nacheinander bauen, halte er für sehr konsequent. Die für den Streckenabschnitt 7 im Investitionsrahmenplan des Bundes eingestellten 79 Millionen € wolle man lieber in einen Bauabschnitt investieren, der im Investitionsrahmenplan zurzeit noch nicht finanziell unterlegt sei. Es sei jetzt die Aufgabe, entsprechend mit dem Bund dafür zu sorgen, dass man den 4. Abschnitt in den Investitionsrahmenplan aufnehme.

M Meyer hebt hervor, dass das Ministerium die Planungen auch jenseits der A 7 fortführe. Entscheidend sei, ob es zu einer tragfähigen Finanzierungslösung für den 8. Bauabschnitt, die Elbquerung westlich von Hamburg, komme. Bisher kenne die Landesregierung keine tragfähige Finanzierungslösung. Beim nächsten Gespräch mit dem Bundesverkehrsminister werde es eine der ersten Fragen sein, wie der Bund mit diesem Verkehrsprojekt umzugehen gedenke. Wenn diese Frage nicht beantwortet werden könne, sei fraglich, warum man überhaupt eine Autobahn westlich der A 7 weiterbauen solle.

Abg. Arp hebt hervor, dass in der Tat die Elbquerung der sensible Bereich sei, dieser jedoch vom Bund finanziert und möglicherweise als ÖPP-Projekt ausgeführt werde. Der Streckenabschnitt 7 von Sommerland nach Hohenfelde sei deshalb wichtig, um als Zufahrtstraße für die Tunnelbaustelle dienen zu können. Sollte sich die Landesregierung entscheiden, vor 2017 nicht entsprechend zu bauen, verliere das Land vier wertvolle Jahre. Hinzu komme die Frage, ob eine Umwidmung der Mittel im Investitionsrahmenplan des Bundes für den Weiterbau der A 20 bis zur A 7 und zusätzliche 50 Millionen € gewährt würden.

M Meyer hebt hervor, dass der Parlamentarische Staatssekretär Ferlemann über die Pläne des Landes Schleswig-Holstein in Kenntnis sei, mit dem Bundesverkehrsminister Ramsauer werde man im September ein Gespräch führen. Dabei werde man auch versuchen, in Erfahrung zu bringen, ob es eine tragfähige Finanzierungslösung für den Weiterbau der Autobahn gebe. Des Weiteren werde man die Möglichkeit eruieren, nach der Beendigung des 3. Bauabschnitts mit dem 4. Bauabschnitt zu beginnen. Dabei komme man mit den bisher veranschlagten 79,3 Millionen € allerdings nicht aus, man benötige zusätzlich circa 40 Millionen €. Die Planungen im Bundesverkehrswegeplan sähen häufig den Lückenschluss bei Autobahnen als Möglichkeit vor, das führe jedoch regelmäßig zu Verkehrsengpässen. - Auf die Anmerkung des Abg. Arp zur Nutzung des 7. Bauabschnitts als Baustellenzufahrt hebt M Meyer hervor, dass man seiner Ansicht nach dazu keine Autobahn bauen müsse.

Abg. Dr. Tietze unterstreicht die Kosten für das gesamte Projekt und hebt dabei hervor, dass seiner Ansicht nach bei der vorgesehenen Tunnelnutzungsmaut von 16 € für Pkw eine Auslastung fraglich sei. Er ruft dazu auf, sich den Realitäten zu stellen.

Auf eine Frage des Abg. König nennt M Meyer als Kosten für den 3. Bauabschnitt 149,7 Millionen €, für den 4. Bauabschnitt 126,2 Millionen €, für den 5. Bauabschnitt 129,1 Millionen €, für den 6. Bauabschnitt 86,3 Millionen € und für den 7. Bauabschnitt 172,4 Millionen €. Die Kosten für den 8. Bauabschnitt, den Tunnelabschnitt, werde man sich mit Niedersachsen teilen. Die Gesamtkosten dafür lägen bei ungefähr 1 Milliarde €. Konkret gehe es im Moment um die Umwidmung der Mittel für den 4. Bauabschnitt. - Auf eine Nachfrage des Abg. König führt M Meyer aus, die Schätzungen für den schleswig-holsteinischen Anteil am Tunnelbau beliefen sich derzeit auf 322 Millionen €.

Abg. Arp empfiehlt, eine Diskussion so lange zurückzustellen, bis klar sei, wie der Bund das Projekt finanzieren wolle.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

### **Besetzung des Verkehrspolitischen Beirats der LVS**

Abg. Hamerich gibt einen kurzen Einblick in die Arbeit des Verkehrspolitischen Beirats, dessen Zweck darin bestehe, politische Akteure rechtzeitig über Planungen verkehrspolitischer Art in Kenntnis zu setzen, allerdings könne dies seiner Ansicht nach früher geschehen. Für die Besetzung halte er es für sinnvoll, den Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses sowie jeweils einen Vertreter der Fraktionen in den Beirat zu entsenden. Der Ausschuss beschließt, die Abg. Vogt und Hamerich sowie von den Fraktionen die Abg. Arp, Vogel, Dr. Tietze, Kumbartzky, Dr. Breyer und Meyer in den Beirat zu entsenden.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Terminplan für das 2. Halbjahr 2012**

[Umdruck 18/008](#) (neu)

Der Terminplan für das zweite Halbjahr, [Umdruck 18/008](#) (neu), beschließt der Ausschuss einstimmig.

Zum Tagesordnungspunkt **Verschiedenes** liegt nichts vor.

Der Vorsitzende, Abg. Vogt, schließt die Sitzung um 11:00 Uhr.

gez. Christopher Vogt

Vorsitzender

gez. Thomas Wagner

Geschäfts- und Protokollführer